

## Wintersession Herbstsession 2023 Sessionsrückblick - 1. Woche



### Legislaturbeginn

Der Nationalrat startete mit 54 Neugewählten in die 52. Legislatur (im Ständerat nahmen 13 neue Mitglieder ihre Arbeit auf). Zu Beginn der neuen Legislatur haben Alterspräsident Gerhard Pfister (Mitte) und das jüngste erstmals gewählte Mitglied des Nationalrats, Katja Riem (SVP), eine kurze Rede gehalten. Danach wurden die Ratsmitglieder vereidigt und das neue Ratspräsidium gewählt.



Die Nationalrätinnen und -räte haben bei der Vereidigung wahlweise die Formel «ich schwöre es», oder «ich gelobe es» gesprochen. Nach der Vereidigung wurde die Nationalhymne gesungen.

### Höchster Schweizer

Der Nationalrat hat einen neuen Präsidenten. Mit 180 von 192 gültigen Stimmen wurde Eric Nussbaumer (SP/BL) gewählt. Sein Motto im Präsidentschaftsjahr ist: «Grenzen überschreiten, Horizonte erweitern». Nussbaumer ist der 25. Sozialdemokrat seit 1919, der auf dem Präsidentenstuhl Platz nimmt. Seine 180 Stimmen sind ein überdurchschnittliches Resultat. Der langjährige Mittelwert liegt nach Angaben der Parlamentsdienste bei 155 Stimmen.

### Vizepräsidenten

Der Nationalrat wählte Maja Riniker (FDP/AG) mit 177 Stimmen zur 1. Vizepräsidentin und Pierre-André Page (SVP/FR) mit 155 Stimmen zum 2. Vizepräsidenten.



### **Vergrosserung der Biodiversitätsflächen verschoben**

In einem der ersten Sachgeschäfte der Legislatur liess die erstarkte bürgerliche Mehrheit ihre Muskeln spielen. Eigentlich beschloss das Parlament schon längst, dass 3,5 Prozent der Ackerfläche im Getreideanbau für die Biodiversität ausgedient werden müssen. Und eigentlich sollte dies ab dem 1. Januar 2024 gelten. Doch ein Antrag von Ständerätin Esther Friedli verlangte, dass die Einführung um ein Jahr verschoben wird. Als Zweitrat stimmte dem nun auch der Nationalrat mit 119 zu 68 Stimmen zu. Schon im Vorfeld tobten Umweltschützer, unter anderem der WWF, dass das Parlament mit dieser Entscheidung gegen «Treu und Glauben» verstosse.

### **Nationalrat für neues Gesetz zur Entwicklungsfinanzierung**

Die Gesellschaft, welche im Auftrag des Bundes in Entwicklungs- und Schwellenländern kleine und mittlere Unternehmen unterstützt, erhält eine neue gesetzliche Grundlage. Nach dem Ständerat nimmt auch der Nationalrat ein entsprechendes neues Bundesgesetz an. Einstimmig sagt die grosse Kammer am Montag Ja zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft Sifem («Swiss Investment Fund for Emerging Markets»). Noch muss die Vorlage zur Bereinigung einer kleinen Differenz zurück in den Ständerat. Die Sifem ist seit 2011 in Betrieb und hat sich laut Bundesrat bewährt. Bisher war die Tätigkeit der Sifem lediglich mit vier Artikeln in einer Verordnung geregelt, doch genügte dies nicht mehr.

### **Nationalrat empfiehlt Landschaftsinitiative zur Ablehnung**

Der Nationalrat empfiehlt die Volksinitiative gegen die weitere Verbauung der Landschaft – die sogenannte Landschaftsinitiative – mit 122 zu 59 Stimmen bei einer Enthaltung zur Ablehnung. Die Initianten haben ihr Begehren bereits bedingt zurückgezogen, weil die zweite Etappe des Raumplanungsgesetzes (RPG) zentrale Forderungen des Anliegens umsetzen will. In der Debatte wurde der Initiative mehrfach zugutegehalten, dass sie massgeblich zur Verbesserung des Raumplanungsgesetzes beigetragen habe. Der Kompromiss mit dem RPG müsse sich nun in der Umsetzung beweisen und werde vom Komitee genau mitverfolgt, hiess es auch von den Grünen, welche die Initiative zusammen mit Naturschutzverbänden, SP und GLP lanciert hatten.

### **MCG-Ständerat Mauro Poggia findet in der SVP-Fraktion Unterschlupf**

Der neue Genfer MCG-Ständerat Mauro Poggia wird nun doch in der SVP-Fraktion politisieren. Nach einer Annäherung in den vergangenen Tagen teilte die SVP am Dienstagabend mit, dass sie Poggia als Fraktionsmitglied aufgenommen habe. Eine Einigung mit der SVP erlaubt es Poggia, Mandate in Kommissionen wahrzunehmen. Die Kommissionssitze werden im Verlauf der Wintersession verteilt. Er wolle auch als SVP-Fraktionsmitglied seine Unabhängigkeit bewahren, sagte Poggia vergangene Woche auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Die SVP-Fraktion erlaube ihm, mit ihr zusammenzuarbeiten, ohne integriert zu werden.

Es gehe um das Gleichgewicht zwischen effizienter Ratsarbeit und der Rücksicht auf seine Wählerschaft, sagte Poggia. Denn seine Wählerinnen und Wähler teilten nicht alle Ideen der SVP. Dass er eigene Ideen vertreten könne, gerade zum Thema Gesundheit, sei für ihn eine wichtige Bedingung, sagte Poggia. Und im Gegensatz zum Nationalrat verträten die Mitglieder der kleinen Kammer zunächst ihren Kanton und erst danach ihre Partei.



Lange galt als wahrscheinlich, dass Poggia ohne Fraktion politisieren müsste und damit keinen Anspruch auf Kommissionssitze gehabt hätte. Seine zwei Parteikollegen im Nationalrat schlossen sich nach der Wahl rasch der SVP an. Poggia selbst bevorzugte zunächst die Mitte, was aber gemäss Parlamentsgesetz nicht möglich ist. Auch die Mitte-Fraktion hatte kein Interesse. Der in Genf sehr populäre ehemalige Staatsrat Poggia war am 12. November zusammen mit dem Bisherigen Carlo Sommaruga (SP) in den Ständerat gewählt worden. Ihr Mandat verloren hat Lisa Mazzone von den Grünen. Die Genfer Protestbewegung MCG ist mit Mauro Poggia erstmals in der kleinen Kammer vertreten.

### **Schutz der EU-Aussengrenze**

Die Schweiz soll sich nach dem Willen des Nationalrats weiterhin finanziell am Schutz der Schengen-Aussengrenzen beteiligen. Als Erstrat hat die kleine Kammer am Mittwoch einer entsprechenden Vorlage zugestimmt. Es geht um einen Beitrag von rund 300 Millionen Franken über eine Laufzeit von sieben Jahren. Konkret geht es um Einzahlungen in einen Fonds zur Unterstützung jener Schengen-Staaten, die eine lange Land- oder Seeaussengrenze haben. Der sogenannte BMVI-Fonds ersetzt einen älteren Fonds, in den die Schweiz bereits seit 2018 einzahlte und der 2020 auslief. Er gilt für den Zeitraum von 2021 bis 2027.

Eine SVP-Minderheit beantragte erfolglos Nichteintreten. Der Schutz der Schengen-Aussengrenzen funktioniere nicht, kritisierte sie. Die EU-Staaten hielten ihre Verpflichtungen nicht ein. Zudem sei der von der Schweiz geforderte Beitrag überproportional hoch. "Diese Vorlage ist jenseits von Gut und Böse", sagte Erich Hess (SVP/BE). Die Schweiz lasse sich über den Tisch ziehen. Die Schengen-Aussengrenze werde auch mit mehr Geld löchrig bleiben. Die SVP forderte die Wiedereinführung systematischer Grenzkontrollen an der Schweizer Grenze. Der Nationalrat fällte am Schluss seinen Entscheid mit 105 zu 65 Stimmen bei 21 Enthaltungen. Das Geschäft geht an den Ständerat.

### **Aufrufe zu Hass und Gewalt aufgrund des Geschlechts sollen strafbar werden**

Dieser Meinung ist der Nationalrat. In seinen Augen stellt Sexismus eine inakzeptable Verletzung der Menschenwürde dar, die strafbar sein sollte. Die grosse Kammer hat am Mittwoch sechs gleichlautenden parlamentarischen Initiativen aus den Reihen der SP, Grünen, GLP, Mitte, FDP und EVP Folge gegeben - mit 123 zu 65 Stimmen. Als nächstes beschäftigt sich die zuständige Ständeratskommission damit. Sie hatte den Initiativen im vergangenen Mai mit 6 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung nicht zugestimmt.

### **Budget 2024**

Der Nationalrat beginnt am Donnerstag mit der Debatte über das Budget 2024. Wie zuvor der Ständerat möchte auch die Mehrheit der Finanzkommission des Nationalrats (FK-N) erheblich mehr für die Landwirtschaft ausgeben als der Bundesrat. In anderen Bereichen zeigt sich die Kommission aber weniger ausgabefreudig. Der Ständerat hatte am Dienstag beschlossen, für Direktzahlungen im kommenden Jahr gleich viel Geld zur Verfügung zu stellen wie 2023 - rund 2,8 Milliarden Franken. Gegenüber dem Vorschlag der Landesregierung bedeutet dies Mehrausgaben von 54,8 Millionen Franken.





Mehr Geld sprach der Ständerat auch für weitere Massnahmen im Bereich der Landwirtschaft - unter anderem die Förderung des Absatzes von Schweizer Wein, den Herdenschutz und die Förderung der Zuckerrübenproduktion. Insgesamt summieren sich die Mehrausgaben exklusive Direktzahlungen auf 17,2 Millionen Franken. Ausserdem will die kleine Kammer für den regionalen Personenverkehr 55 Millionen Franken mehr bewilligen als der Bundesrat. Und sie lehnte es ab, auf eine Einlage von knapp 25 Millionen Franken in den Fonds für die neue Regionalpolitik zu verzichten - gegen den Willen der Mehrheit ihrer Finanzkommission. Diese war der Ansicht, der Fonds enthalte bereits genügend Mittel.

Alles in allem resultierte aus den Beschlüssen des Ständerats ein strukturelles Defizit von gut 66 Millionen Franken - was die Schuldenbremse eigentlich nicht zulässt. Damit die rechtlichen Vorgaben dennoch eingehalten werden können, entschied sich die kleine Kammer in der Folge für eine Kreditsperre - eine Anweisung an den Bundesrat, bei nicht gebundenen Ausgaben die bewilligten Kredite nicht auszuschöpfen.

Was die Direktzahlungen angeht, möchte die Finanzkommission des Nationalrats wie der Ständerat auf eine Kürzung der Mittel verzichten. Was die übrigen Mehrausgaben für die Landwirtschaft ausgeht, entspricht ihr Antrag mit Ausnahme zweier Posten im Umfang von 3,1 Millionen Franken den Beschlüssen des Ständerats. Wie die kleine Kammer will die Nationalratskommission 3,9 Millionen Franken mehr für die Zucht und den Erhalt von Schweizer Tierrassen aufwenden, 6,2 Millionen Franken mehr für die Förderung des Absatzes von Schweizer Wein und vier Millionen mehr für den Herdenschutz. Deutlich zurückhaltender ist die Mehrheit der nationalrätlichen Finanzkommission aber, was die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr und die Regionalpolitik angeht. In diesen Bereichen sieht ihr Antrag gegenüber dem Vorschlag des Bundesrats keine Mehrausgaben vor.

Der Nationalrat wird sich in der Budgetdebatte mit einer Vielzahl von Minderheits- und Einzelanträgen zu befassen. Abschliessen wird die grosse Kammer die erste Runde der Beratung des Budgets erst am kommenden Montag. Nachfolgend ein Überblick (vor den Beratungen von Stände- und Nationalrat):

## Überblick Voranschlag 2024 und Finanzplan 2025 bis 2027

► inkl. Nachmeldung vom 29.09.2023

VA: Voranschlag, FP: Finanzplan, NM: Nachmeldung	Rechnung	VA	VA	NM	Δ in %	FP	FP	FP	Ø Δ in %
in Mio. CHF	2022	2023	2024	2024	23-24	2025	2026	2027	23-27
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>75 725</b>	<b>81 347</b>	<b>83 050</b>	<b>+4</b>	2.1%	<b>84 881</b>	<b>88 700</b>	<b>90 234</b>	2.6%
Ordentliche Einnahmen	74 046	79 789	82 840		3.8%	84 672	88 644	90 177	3.1%
Ausserordentliche Einnahmen	1 679	1 558	210			209	57	57	
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>80 976</b>	<b>86 173</b>	<b>89 692</b>	<b>-10</b>	4.1%	<b>89 430</b>	<b>92 988</b>	<b>91 390</b>	1.5%
Ordentliche Ausgaben	77 860	80 473	83 333		3.6%	85 430	88 988	91 390	3.2%
Ausserordentliche Ausgaben	3 116	5 770	6 358			4 000	4 000	0	
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-5 251</b>	<b>-4 825</b>	<b>-6 641</b>	<b>+14</b>		<b>-4 549</b>	<b>-4 288</b>	<b>-1 156</b>	
Ordentlicher Finanzierungssaldo	-3 813	-683	-493	+14		-759	-345	-1 213	
Ausserordentlicher Finanzierungssaldo	-1 438	-4 142	-6 148			-3 791	-3 943	57	
<b>Schuldenbremse</b>									
Von der Schuldenbremse erlaubtes Defizit	-296	-878	-497			-85	-	-	
<b>Handlungsspielraum/Bereinigungsbedarf</b>	<b>-3 517</b>	<b>194</b>	<b>4</b>	<b>+14</b>		<b>-674</b>	<b>-345</b>	<b>-1 213</b>	

Quelle: EFV (VA24 inkl. FP25-27 vom Aug. 23, inkl. Nachmeldung vom 29.9.23)  
[www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)